

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 25. November 1916.

20. Jahrgang.

Die Gewerkschaften nach dem Kriege.

II.

Vor allem handelt es sich bei dem Uebergang von der Kriegszur Friedensarbeit um eine möglichst klare Uebersicht in der künftigen Produktion. Hier ist festzustellen nötig die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte, der voraussichtliche Bedarf und die Möglichkeit der Produktion auf Grund der vorhandenen Rohstoffe. Wie groß die Zahl der jetzt beschäftigten Arbeitskräfte ist, läßt sich annähernd aus der Zahl der für die Invalidenversicherung gezahlten Wochenbeiträge errechnen. Die 81 deutschen Versicherungsanstalten veranlaßten im Jahre 1913 750 610 859, 1915 dagegen nur 688 938 902 Beitragsmarken; bei normaler Entwicklung hätten im letztgenannten Jahre rund 784 Millionen Marken verkauft werden müssen, demnach betrug der Ausfall rund 200 Millionen Marken. Trotz Eintritts einer großen Zahl weiblicher Arbeitskräfte war also die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 25,8 Prozent geringer, als sie es ohne Krieg gewesen wäre. In Wirklichkeit ist die Zahl der Beschäftigten allerdings etwas höher, weil ja auch Kriegsgefangene zur Arbeit herangezogen werden, die nicht versichert sind. Ist der Krieg beendet, dann dürften wohl nach eingetretener Demobilisation von der Zahl der Erwerbstätigen rund 1½ Millionen als gefallen oder arbeitsunfähig in Abzug zu bringen sein, auch ein Teil der bisher erwerbstätigen Frauen wird dann wieder dem industriellen Erwerb den Rücken kehren. Allgemein ist vorauszusetzen, daß nach Friedensschluß und vollständiger Demobilisation rund eine Million weniger Arbeiter für Deutschland als erwerbstätig in Betracht kommen werden als in der letzten Zeit vor dem Kriege. Wie wird nun der Uebergang sein, wie wird sich der Arbeitsmarkt gestalten?

Am leichtesten dürfte sich der Uebergang in der Landwirtschaft vollziehen. Hier treten die heimkehrenden Krieger vielfach an die Stelle Kriegesgefangener. Würde der Friedensschluß etwa in der Erntezeit vor sich gehen, dann wäre auf dem Lande sogar großer Arbeitermangel vorhanden, im Allgemeinen wäre es dann nötig, aus Industriekreisen geeignete Arbeiter nach dem Lande zu ziehen, um mit deren Hilfe die Erntearbeiten zu bewältigen. Vielleicht könnte dann auf diese Weise manchem städtischen Arbeitslosen vorübergehend geholfen werden.

In den größten Anbittern, die bisher schon immer als Gradmesser der wirtschaftlichen Prosperität dienten, bei Kohle und Eisen wird nach menschlichem Ermessen jedenfalls nach dem Kriege eine starke Arbeitslosigkeit eintreten. Viele Produkte des Friedens sind während der langen Kriegszeit verbraucht worden, sind in den Diensten der Kriegstätigkeit aufgefressen und dort unbrauchbar geworden. Der Ersatz ist notwendig. Wir erinnern an dieser Stelle nur an die vielen tausende Automobile, die dem Privatverkehr entzogen wurden und im Kriege Verwendung fanden. Viele Maschinen sind altes Eisen, viel rollendes und schwimmendes Material ist vernichtet worden. Ersatz ist nötig. Deshalb dürfte in Kohle und Eisen nach Friedensschluß ein lebhafter Beschäftigungsgrad zu verzeichnen sein.

Wenigstens liegt es im Baugewerbe. Das Baugewerbe hat während des Krieges vielfach gänzlich stillgelegen. Viele Ortshäuser sind in den Grenzdistrikten zerstört worden. Ihr Wiederaufbau ist nötig. Dazu kommt, daß viele Familien durch den Krieg den Erwerb verloren haben und daß deshalb eine Nachfrage nach kleineren Wohnungen einsehen wird. Die zum Bauen nötigen Rohstoffe sind im Lande vorhanden. Alles läßt sich zum Schluß zu, daß im Baugewerbe eine günstige Konjunktur einsehen wird. Allerdings wird sich dem die vorhandene Geldknappheit in den Weg stellen wollen. Hier wird es Aufgabe des Staates und der Städte sein, helfend und regulierend einzugreifen, um der Wohnungsfrage, dem gesteigerten Bedarf an Kleinwohnungen gerecht werden zu können. Möglich ist es und auch notwendig. Alles läßt also den Schluß zu, daß das Baugewerbe eine Zeit lebhafter Prosperität durchmachen wird.

Der Bedarf an Kleidung wird nach dem Kriege gleichfalls groß sein. Die Soldaten brauchen wieder Zivilkleidung. Die Läger sind leer. Es fehlen Hüde und Hosen, Wäsche und Wolljacken. Schiffs- und Bahnbauten werden sich gleichfalls dringender stellen. Alle Anzeichen deuten also darauf hin, daß schon zur Befriedigung der Eigenbedürfnisse des Landes nach dem Kriege jedenfalls jahrelange, angestrengte Arbeit nötig und damit Arbeitslosigkeit vorhanden sein wird.

Soweit wären wir uns also klar. Wir müssen aber nunmehr auch die Schwierigkeiten in Rechnung stellen, die sich einer ungehinderten vollen Aufnahme der Arbeit in den Weg stellen werden. Da ist zunächst der vorhandene Mangel an Rohstoffen. Wohl haben wir Eisen, Stahl und Zink in ausreichender Menge, auch Baumaterial ist bald beschafft. Aber wir brauchen vom Ausland vegetabilische und tierische Spinnstoffe, wir brauchen Gummi, Kupfer, Zinn, Tabak, Gerbstoffe. Der Wert der im Jahre 1913 in Deutschland eingeführten Rohstoffe einschließlich Viehfutter betrug 602 Millionen Mark. So brauchte 1913 die deutsche Textilindustrie und 10½ Millionen Doppelzentner ausländische Spinnstoffe, die Verberei brauchte 2802 961 Doppelzentner Felle und Häute, die Tabakfabrikation 813 998 Doppelzentner Tabakblätter. Bau- und Holzwaren wurden 1913 rund 80 Millionen Doppelzentner im Werte von 31 Millionen Mark in Deutschland eingeführt. Dies im Vergleich zur durch den Krieg stark verminderten Schiffstonnage wird nur Folge haben, daß viele Industriezweige nach Kriegsbeendigung für langjam wieder den Betrieb werden aufnehmen können.

Zu dieser Kalamität kommt noch der Umstand, daß der Rohstoffreicher Industrie das Fertigprodukt einer andern Industrie ist. Veranschaulichen wir dies an einem Beispiel aus der Textilindustrie. Hier geht die Wolle zunächst in die Wollwäscherei, dann in die Spinnerei, von dort in die Färberei, dann in die Weberei und nur erst erhält der Schneider den Stoff zur Verarbeitung. Auch die Schuhindustrie ist monatelang Objekt der Arbeit des Gerbers, der die Schuhmacher oder Sattler erhält. So sehen wir, daß der Mangel an Rohstoffen in vieler Beziehung bei Aufnahme der Erntearbeit Arbeitsstörungen mit sich bringt. Dazu kommt die Gefahr, daß dann die vielbesprochenen Rohstoffe nur allzu leicht in die Hände der Einzelhändler durch einzelne Großhändler vor, die sich dadurch leicht von den Verhältnissen der Situation aufschwingen können. Deshalb verlangen wir schon jetzt geeignete, dann in Kraft tretende Maßnahmen zur Rohstoffversorgung durch das Reich; ferner muß allen

Betrieben entsprechend ihrem Umfang und ihrer Arbeiterzahl der Rohstoff in gerechter Verteilung zugewiesen werden, und zwar so, daß auch die Weiterverarbeitung keine Verzögerung erleidet. Und neben diesen notwendigen Maßnahmen muß dann die Arbeitsnachweisefrage dermaßen fix und fertig geregelt sein, daß eine möglichst klare Uebersicht über die vorhandene Arbeiterzahl erreicht wird.

Diese Maßnahmen sind durchaus nötig und schon jetzt alle hierzu nötigen Vorarbeiten durchzuführen. Ferner muß allen Arbeitern, die Arbeit nicht erhalten können, neben der Unterstützung aus den Gewerkschaften aus städtischen oder am besten aus Reichsmitteln eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die heimkehrenden Krieger nunmehr den Schützengraben gegen den Schauffeegraben eintauschen. Mehrfach ist schon der Vorschlag aufgetaucht, dann im Bedarfsfalle die Soldatenlösung weiteranzuhängen. Da dieser Modus jedoch eine Ungerechtigkeit in sich schließt, weil dann trotz gleicher Bedürfnisse ungleich nach militärischem Ränge gezahlt würde, wird es am besten sein, eine gleichmäßige Unterstützung ins Auge zu fassen. Hierfür Vorarbeiten und Grundlagen zu schaffen ist schon jetzt dringend nötig.

Nach Ueberwindung aller hier angeführten Kalamitäten und Hindernisse dürfte dann eine allgemeine Prosperität auf fast allen Arbeitsgebieten eintreten. Schon das inländische Bedürfnis ist ja so stark, daß es allen Arbeitern vorläufig volle Beschäftigung bietet. Trotz seines großen Außenhandels von 10 Milliarden ist Deutschland kein besserer Kunde selbst. Beweisen wir das wiederum an der deutschen Textilindustrie. 1913 wurden ausgeführt 1254 297 Doppelzentner Textilwaren im Werte von 953½ Millionen Mark. Das aber sind nur 15 Prozent aller aus ausländischen Spinnstoffen hergestellten Waren. Stellen wir nun noch die Wolle der 5½ Millionen deutscher Schafe in Rechnung, so läßt sich errechnen, daß nur rund ¼ aller Spinnstoffe als Ware ins Ausland gegangen sind, ¾ dagegen sind im eigenen Lande verbraucht worden. Ein höherer Anteil an der Ausfuhr entfällt auf den Bergbau, die Eisen- und Maschinenfabrikation, die Lederindustrie. Aber mehr als die Hälfte aller gewerblichen Arbeiter sind in Gewerbebetrieben beschäftigt, die für die Ausfuhr gar nicht in Betracht kommen, so die Bauarbeiter, die Arbeiter im Tiefbau, bei den Straßenbahnen, in Gas- und Elektrizitätswerken, in Gastwirtschaften usw. Nach der Gewerbezahl von 1895 waren 83,5 Prozent aller Arbeiter in Gewerbebetrieben beschäftigt, die für die Ausfuhr nicht in Betracht kommen, und unter den 84,5 Prozent, die auch für Ausfuhr arbeiten, befanden sich noch Bäcker, Schlächter, Tabakarbeiter usw., mit noch nicht einem Prozent der Produktion als Ausfuhr.

Immerhin braucht Deutschland wie jedes andre Land, das auf Einfuhr von Rohstoffen oder auch Fertigprodukten angewiesen ist, eine Ausfuhr. Die Rohstoffe, die Deutschland verarbeitet, muß es bezahlen. Es bedeutet Armut und Bankrott, wenn ein solches Land nicht auch eine Ausfuhr betreiben würde, die die Ausgaben für die Einfuhr wieder ausgleicht. In Deutschland wäre angesichts des starken Bedürfnisses an Rohstoffen der gesamte Goldbestand des Landes in einem halben Jahre aufgebraucht, wenn nicht versucht würde, der Ausgabe für die Einfuhr eine Einnahme für Ausfuhr entgegenzusetzen. Deshalb ist die Ausfuhr, die für jedes Land in gleicher Situation einfach eine Lebensfrage bedeutet.

Große Schwierigkeiten werden noch auf dem Inlandsmarkt entstehen, wenn die zur Zeit vorhandene große Teuerung auch nach dem Kriege bestehen bleibt und die Arbeiterlöhne dieser Teuerung nicht angepasst werden. Jedenfalls wird das erste der Fall sein, ja es steht zu erwarten, daß die Lebensmittelpreise nie wieder zum Stande vor dem Kriege zurückgehen werden. Die Kaufkraft des Geldes wird also auf lange Zeit, jedenfalls auf immer sehr geschwächt sein. Hier ist natürlich ein Ausgleich nötig. Es ist nicht anständig, daß die Arbeiterschaft, die während des Krieges schon die größten Opfer an Gut und Blut einzusetzen genötigt war, auch noch nach dem Kriege dauernd Opfer bringen soll. Die Arbeitslöhne müssen also mit den Lebensmittelpreisen in Einklang gebracht werden. Dabei wird es natürlich zwischen Kapital und Arbeit zu starken Reibungen kommen. Pflicht der Arbeiter wird es sein, ihre Organisationen gut auszubauen, um mit deren Hilfe die zu erwartende Periode reichlicher Beschäftigung auszuhalten zu können. Ein günstiges Verhältnis zwischen Lohn und Kaufpreis der Waren muß herbeigeführt werden. Dazu sind Arbeitervereine, sind starke Verbände nötig. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wird das begehren.

Der Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für 1915.

II.

In dem Bericht für 1915 wird auch gesagt, daß von den entscheidenden Unfällen 384 „auf Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit (der Arbeiter)“ und 450 „auf sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen zurückzuführen sind“. Aus diesem Gedankengang heraus wird mit allgemein gehaltenen Annahmen die sogenannte „unvermeidliche Betriebsgefahr“ konstruiert, wogegen sich bekanntlich zur selbstgefalligen Entlastung der Unternehmer und anderer Leute — keine Schutzmaßnahmen anwenden lassen sollen. Wie alle Verträge der Berufsgenossenschaft bestätigen, fehlt es bei vielen Betrieben auch an hinreichender Betriebsaufsichtigung und an genügenden Anweisungen bei der Ausführung der Arbeiten. Ohne Zweifel ist wahr, ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter verhält sich infolge geistiger Rückständigkeit ähnelnd gleichgültig gegen die Schutzbestimmungen. Aber in den Betrieben, wo die Unternehmer sich ebenso verhalten, sogar offen oder verdeckt der Selbstentmachtung des Arbeiterschutzes einen Widerstand entgegenstellen, da wird der wirtschaftlich abhängige und sozial niedergedrückte Arbeiter um so mehr in die Lage kommen, sich fatalistisch unterzuordnen. In dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1913 wird recht treffend gesagt: „Der Widerstand der Arbeiter (gegen die Schutzvorschriften) ist gewöhnlich dort am größten, wo das Interesse des Arbeitgebers fehlt.“ — Betriebe, die durch irgendwelche Ursache eine große Gefahrenquelle für die Beschäftigten und sonst für andre Personen bilden, müssen durch die Berufsgenossenschaft und die Behörden einer mehr ständigen Aufsicht unterworfen werden. Wir

haben keine Veranlassung, an dem guten Willen dieser Aufsichtsorgane zu zweifeln. Aber das, was bisher auf dem Gebiete geleistet worden ist, reicht, wie hier die Erfahrungen lehren, nicht aus. Vor allem fehlt es gegenüber diesen Unterlassungen und Mißständen an entschlossenen Maßnahmen.

Die Ueberwachungsstätigkeit der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ist, wie im Jahre 1914, so auch 1915 eine sehr vielseitige gewesen. Im Jahre 1915 haben 14 (15) technische Aufsichtsbeamte Betriebsrevisionen ausgeübt. Die Zahl dieser Beamten ist allgemein für den ganzen Umfang des Ueberwachungsgebietes viel zu gering. Dazu kam, daß durch den Krieg diese Tätigkeit noch mehr eingeschränkt wurde. Wie schon im Bericht für 1914 darauf hingewiesen ist, „mußte die Betriebsüberwachung infolge Einziehung mehrerer Beamten in das Heer beträchtliche Einschränkungen erfahren“. Von den 14 technischen Beamten im Jahre 1915 ist einer in Frankreich gefallen. Für die Ueberwachung der Betriebe sind 1914: 111 411 und 1915: 93 000 Mark ausgegeben worden. Außer den Verstrafungen wegen Verfehlungen auf Grund des Strafgesetzes sind wegen Zuwiderhandeln gegen die Unfallverhütungsvorschriften über Betriebsunternehmer und Betriebsleiter in 12 (60) Fällen Geldstrafen von insgesamt 600 (1805) Mk. verhängt worden. Ebenso wurden auch wegen derselben Verfehlungen Arbeiter in 12 Fällen bestraft. Die Höhe der Geldstrafen bewegte sich zwischen 3 und 29 Mk.

In die Bearbeitung der neuen Entwürfe der Unfallverhütungsvorschriften hat der Krieg auch eine Störung gebracht, weil die in Aussicht genommene gemeinsame Beratung der technischen Aufsichtsbeamten nicht durchgeführt werden konnte. Wie notwendig die Revision dieser Vorschriften erscheinen muß, darauf ist schon im Bericht der technischen Aufsichtsbeamten von 1913 mit folgenden Worten hingewiesen: „Ein dringendes Bedürfnis ist die möglichst baldige Neubearbeitung der ziemlich veralteten, vielfach unklaren und mit empfindlichen Lücken behafteten Unfallverhütungsvorschriften.“ Auch die Pflicht, wieder durch Zählkarten die Fälle bei Störfällen und Sprengarbeit festzustellen und mehr zu ermitteln, wurde durch den Krieg vereitelt. Aber an einen andern Vortage, der mit der Unfallverhütung im Zusammenhang steht, sei hier erinnert. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hat in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg eine Zahl von wertvollen Modellen für die Schutzwahrsnehmung beim Abbau und bei Sprengarbeiten usw. ausgestellt. Nach dem Muster der Vorjahre ist im Jahre 1914 die dritte Meister- und Arbeiterreise zum Besuche der Ausstellung durchgeführt worden. Unter Führung einiger technischen Aufsichtsbeamten haben 46 Meister und Vorarbeiter daran teilgenommen.

Die Summe der Unfallerschädigungen betrug im Jahre 1914: 4 508 782 Mk. und 1915: 4 044 442 Mk. Hierzu wird in dem Bericht für 1914 gesagt: „Auf Grund eines Erlasses des Reichsversicherungsamts vom 10. August 1914 ist bei den Unfallverletzten, die zum Heeresdienst eingezogen sind, von Rentenminderungen oder -einstellungen abgesehen worden. Bei den nicht unter Waffen stehenden Verletzten ließ man in dieser Hinsicht eine weitgehende Milde walten und sah auch von Rentenaufhebungen ab, wo eine wirtschaftliche Notlage bestand. Auch die Zahlung von Renten an die im Felde stehenden Antennenpfeiler ist insofern erleichtert worden, als die Renten auf die Ehefrauen oder sonstigen Angehörigen umgeleitet sind.“ Daß die Berufsgenossenschaft sich nicht allzu sehr vom Gefühl leiten läßt, ergibt sich aus der Darstellung unter Rechtsprechung. Diese Rechtsprechung zur Rentenänderung oder -Kürzung (608 R.-B.-C.) hatte sich 1915 mit 612 (1010) anhängigen Berufssachen zu befassen. Dadurch wurde die Genossenschaft verurteilt oder der Antrag auf Rentenänderung usw. abgelehnt mit 124 (225) Fällen. Dagegen wurde der Kläger abgewiesen oder den Anträgen der Genossenschaft auf Herabsetzung oder Einziehung der Renten entsprochen in 921 (583) Fällen. Die von beiden Seiten dagegen eingeleiteten Reklurse zeigen auch für die Versicherten ein ungünstiges Resultat. Der von der Genossenschaft eingeleitete Rekurs wurde in 12 (18) Fällen zurückgewiesen, aber in 25 (42) Fällen stattgegeben. Dagegen wurde der von den Versicherten eingeleitete Rekurs in 127 (197) Fällen zurückgewiesen und nur in 16 (33) Fällen stattgegeben. Ein anderer Teil dieser Sachen wurde außergerichtlich durch Zurücknahme usw. erledigt. Wie aus den Berichten zu ersehen ist, die Genossenschaft mit diesem Resultat sehr zufrieden. — Von den Entschädigungen sind durch Vermittlung der Deutschen Bank 1914 303 087 Mk. nach Italien und Desterreich und 1915 143 610 Mk. an Ausländer nach dem Ausland gezahlt worden.

Für einen Unfall wurden 1915 durchschnittlich 228 Mk. (242 Mk.) angewendet. Auf je einen Unfallverletzten entfiel ein jährlicher Durchschnittsrentenbetrag von 184 Mk. (176 Mk.), auf eine Witwe 173 Mk. (173 Mk.), auf ein Kind 163 Mk. (161 Mk.) und auf einen Verwandten aufsteigender Linie 171 Mk. (174 Mk.). Diese äußerst niedrigen Beträge erwecken sich aus dem durchschnittlichen Jahresarbeitverdienst der Steinarbeiter, der bei der Rentenfestsetzung zugrunde gelegt wird (88 563—569 Mk.-D.). Der Durchschnittslohn für einen Vollarbeiter mit 300 Arbeitstagen im Jahr betrug nach dem Bericht der Genossenschaft 1915 3 396 Mk. (3 899 Mk.). Der Durchschnittslohnverdienst eines Vollarbeiters betrug noch im Jahre 1905 938 Mk. und ist dann langsam bis zum Jahre 1915 auf 1888 Mk. gestiegen. Wie immer in einem Gewerbe, werden einzelne Gewerbetreibende oder Branchen über den Durchschnitt hinaus und ein nicht unbeträchtlicher Teil unter demselben bleiben; hierüber gibt die dem Bericht beigelegte Tabelle eine recht wertvolle Darstellung. Danach wurden 1915 in den folgenden Betrieben als Jahresdurchschnittslöhne gezahlt: Schiefer- und Schieferwarenfabriken 731 Mk., Reißbühnenfabriken 569 Mk., Tischbühnen- und Griffelbühnenfabriken 599 Mk., Granitarbeiten 913 Mk., Tischstein- und Traktorarbeiten 972 Mk., reine Tischbühnenarbeiten 995 Mk. usw. Nur in den Wirtelsfabriken mit 1545 Mk. und bei den Holzwerken mit 1643 Mk. hatten die Arbeiter einen Jahresdurchschnittslohn von über 1500 Mk.

Bei der Teuerung der Lebensmittelpreise ist es nur zur Zeit, sondern schon Jahre vor dem Kriege, und der außerordentlichen Verunsicherung der großen Masse der Bevölkerung der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft müssen besondere Vorse in einer besonderen und in öffentlichen Gemeindefeststellungen getroffen werden. An weiterer Hilfe erweist sich daraus für die Familien der Arbeiter an der Frau und der mehr herangezogenen Kinder. Um aus diesen überaus traurigen Zuständen herauszukommen, muß es für diese Arbeiter nicht nur einen besonderen, sondern auch einen besonderen Anstoß an die gewerkschaftliche Organisation geben. G. Deutske.

